

Handfeste Probleme

Die Ausgangslage der Berliner Parteien sechs Wochen vor der Abgeordnetenhauswahl | Von Manfred Güllner



Franziska Giffey (SPD), Bettina Jarasch (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Kai Wegner (CDU)

Bei der ersten Abgeordnetenhauswahl im wiedervereinigten Berlin, die 1990 mit der ersten Bundestagswahl gekoppelt war, die in Berlin überhaupt stattfand, wurden SPD und CDU von deutlich mehr als der Hälfte aller Wahlberechtigten (56,6 Prozent) gewählt. Ein knappes Viertel (23,4 Prozent) wählte eine andere Partei; ein Fünftel (20 Prozent) beteiligte sich nicht an der Wahl.

Nachdem die Euphorie über die vereinte Stadt nach fünf Jahren des eher grauen Alltags und einer nicht sonderlich überzeugenden Stadtregierung verfliegen war, schrumpfte der Anteil der beiden damals an sich noch als „groß“ zu charakterisierenden Parteien CDU und SPD bei der Abgeordnetenhauswahl 1995 schon auf 41 Prozent (bezogen auf alle Wahlberechtigten). Der Anteil der anderen Parteien stieg auf 26, der der Nichtwähler auf 33 Prozent. Und bis zur letzten Abgeordnetenhauswahl 2016 ging der Anteil der CDU- und SPD-Wähler weiter zurück: Nur etwas mehr als ein Viertel (25,8 Prozent) aller Wahlberechtigten gab 2016 der CDU oder SPD die Stimme. Die anderen Parteien wurden von 40 Prozent der Wahlberechtigten gewählt, 34,2 Prozent gingen gar nicht zur Wahl.

Die SPD, die im einstigen Westteil der Stadt lange Zeit die dominante politische Kraft war, blieb mit 21,6 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen 2016 zwar noch knapp die stärkste Partei und konnte in einer Koalition mit der CDU und den Grünen den Regierenden Bürgermeister stellen – doch im Vergleich mit ihrer einstmaligen Stärke im alten Westteil der Stadt (1963 wurde die SPD mit Willy Brandt von mehr als 60 Prozent der Wähler gewählt) war die SPD nur noch eine kleine Partei. Von 100 Wahlberechtigten gaben ihr nur noch 14 die Stimme. Damit konkurrierte die SPD mit der CDU, die von 12, der

Linken und den Grünen, die von jeweils 10 und der AfD, die von 9 von 100 Wahlberechtigten gewählt wurde.

In Berlin war damit das Parteienspektrum 2016 so zersplittert wie sonst nirgendwo in der Republik. Dieser „Flickenteppich“ dürfte auch nach der 2021 wieder mit einer Bundestagswahl gekoppelten Abgeordnetenhauswahl erhalten bleiben. Dabei schumpfte bei den Umfragen seit 2016 die Zahl der SPD-Anhänger weiter: Zeitweilig wollten nur 15 Prozent der Befragten, die sich auch an einer Wahl zum Abgeordnetenhaus beteiligen wollten, der SPD noch ihre Stimme geben. Das lag am Zustand der SPD in der Hauptstadt, aber auch an der geringen Zufriedenheit der Berliner mit der Regierung in ihrer Stadt und mit dem Regierungschef. Im Vergleich der Bundesländer war die Zufriedenheit mit der Arbeit der Landesregierung und der des Ministerpräsidenten beziehungsweise des Bürgermeisters nirgendwo so niedrig wie in Berlin.

Nach dem Rückzug von Michael Müller aus der Berliner Politik hätte die SPD nach einer aktuellen, im Auftrag des *Hauptstadtbrieft* von Forsa in der Stadt durchgeführten Umfrage jetzt wieder die Chance, stärkste Partei zu bleiben. Mit 21 Prozent liegt sie sechs Wochen vor dem Wahltermin gleichauf mit den Grünen und 4 Prozentpunkte vor der CDU mit 17 und 7 Prozentpunkte vor der Linke mit 14 Prozent. Die FDP könnte mit 7, die AfD mit 10 Prozent der abgegebenen Stimmen rechnen. Weitere 10 Prozent würden eine der vielen kandidierenden sonstigen kleinen Parteien wählen.

Die CDU dürfte wenig Chancen haben, stärkste Partei zu werden, da die Urteile über die Partei in der Stadt und über deren Spitzenkandidaten gleichermaßen eher ver-

FORTSETZUNG AUF SEITE 2 >

Was würde Peter sagen

Von Frühvollendeten und außergewöhnlichen Lebensläufen: Das System Laschet und seines Teams | Von Moritz Küpper

Es ist ein lauer Abend im Sommer 2014, als Armin Laschet die wohl wichtigste Personalentscheidung seiner politischen Laufbahn verkündet. Als Oppositionsführer in Düsseldorf präsentiert er einen jungen Mann mit Seitenscheitel, freundlichen braunen Augen und ungewöhnlichem Vornamen präsentiert: Nathanael Liminski werde sein neuer Fraktionsgeschäftsführer, verkündet Laschet, „ein junger Familienvater mit breiter politischer Erfahrung“. Liminski ist da erst 28 Jahre alt und hat schon drei Kinder. Stolz referiert Laschet den Lebenslauf seines Neuzugangs: Liminski habe Geschichte und Politikwissenschaften in Bonn und „an der berühmten Sorbonne“ in Paris studiert, sei dann „in jungen Jahren“ Redenschreiber in Hessen und dann in den Planungs- und Leitungsstab des Verteidigungs- und Innenministeriums nach Berlin gewechselt. „Sorbonne, so, so“, wird nach dem Abend auf Laschets Terrasse geschmunzelt. Den landespolitischen Betrieb in Düsseldorf zeichnet eine feine Ironie aus. Man nimmt sich nicht so wichtig. Neuzugänge aus Berlin haben es in Düsseldorf oft nicht leicht, weil das Bedeutungsvolle der Hauptstadt dort schnell lächerlich wirkt.

Doch über die kommenden Jahre sollte sich das widersprüchliche Gespann aus liberalem Laschet und konservativem Liminski als geradezu kongenial herausstellen – auch und gerade wegen der Gegensätze: Liminski, gebürtiger Bonner mit Abiturnote 1,1, gilt im Gegensatz zu seinem Chef als früh Vollendeter. Mit neun Geschwistern ist er in der katholischen Familie des Journalisten Jürgen Liminski aufgewachsen. Der Vater, einst *Deutschlandfunk*-Redakteur, kämpfte öffentlich für ein traditionelles Familienbild. Umstände, die nun auch im Bundestagswahlkampf skandalisiert werden. Doch die konservativen Äußerungen zu vorhehlichem Sex oder Homosexualität von einst taugen kaum zur Beurteilung des heutigen Chefs der Staatskanzlei: Liminski hält sich öffentlich zurück, in Hintergrundgesprächen ist er offen, zugewandt, erläutert geduldig komplizierte Sachverhalte und ist in allen Details im Bilde. Liminski organisiert den Regierungsalltag in Düsseldorf, aber auch Laschets innerparteilichen Aufstieg zum Unions-Kanzlerkandidaten. Dass er ein enges, freundschaftliches Verhältnis zu CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak hat, der sogar Patenonkel eines seiner Kinder ist, scheint im herausfordernden Alltag zwischen Düsseldorf und Berlin hilfreich.

Dennoch: Auch Liminskis Tag habe nur 24 Stunden, heißt es bisweilen, wenn im Düsseldorf-Regierungsbetrieb und in der bundespolitischen Kampagne mal wieder etwas schief läuft. Das klingt zwar etwas zu ehr-

furchtsvoll für einen 35-Jährigen. Im Alltag ist Liminski mitunter zu sehr Nadelöhr zu Laschet. Dabei hat dieser selbst die Gefahr erkannt: Ein Apparat dürfe nie aus Rücksicht auf den Chef zum Schweigen gebracht werden. Dann werde es gefährlich: „Wenn man im Zentrum der Macht sitzt und sich abschottet. Wenn Mitarbeiter sich nicht mehr trauen, Sorgen, aber vor allem auch Kritik, an einen heranzutragen.“ Laschet hilft es, dass er kein Freund-Feind-Denken kennt, sondern ihm eher die persönliche Chemie wichtig ist. Man findet ehemalige Mitarbeiter mit SPD- oder Grünen-Parteibuch, die von Laschets Führungsstil schwärmen. Und treue CDU-Mitglieder, die für einen solch launischen und sprunghaften Vorgesetzten nie wieder arbeiten wollen.

Die wohl dienstälteste Mitarbeiterin des Kanzlerkandidaten ist Katrin Kohl. Seit fast 15 Jahren begleitet sie Laschet in verschiedenen Funktionen, aktuell als Abteilungsleiterin in der Staatskanzlei. Kohl weiß, wann sie mit Laschet eine Raucherpause einlegen muss, welche Flurgespräche für ihn wichtig sind und wo sie ihn zur Disziplin mahnen muss. Laschet lässt sich von Kohl ebenso duzen wie von der freundlich-zurückhaltenden Justine Schramowski im Vorzimmer. Sie ist die Herrin über seinen Terminkalender.

Zum engeren Kreis gehört ebenfalls Staatssekretar Mark Speich, obwohl er als NRW-Bevollmächtigter beim Bund in Berlin lebt und arbeitet. Der promovierte Politikwissenschaftler tritt stets kontrolliert auf und will in seiner konservativen Attitude nicht recht zum leutseligen Laschet passen. Er kennt die Union als ehemaliger Referent der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gut und hat als Geschäftsführer der Vodafone-Stiftung schon mal seinen Horizont außerhalb der Politik erweitert. Auch Serap Güler ist eine enge Vertraute. Laschet lernte die heutige NRW-Integrationsstaatssekretärin, die als Gastarbeiter-Kind im nördlichen Ruhrgebiet aufwuchs, als Studentin kennen. Er fördert Gülers Karriere, die sich gerade um ein Bundestags-Mandat bewirbt und im CDU-Bundesvorstand sitzt. Gerade im unions-internen Machtkampf um die Kanzlerkandidatur war sie eine Stütze.

Dabei entspricht Laschet überhaupt nicht dem Typus Politiker, der ein Netz aus Abhängigkeiten und Loyalitäten kreiert, um später daraus Nutzen ziehen. Er war zwar aktiver Teil der legendären Bonner *Pizza Connection* (in der früh schwarz-grüne Gemeinsamkeiten ausgelotet und koalitionsplanerisch angestellt wurden), wird – Jahrzehnte nach seiner Gründung – auch Mitglied des legendären *Andenpakts*, einem

FORTSETZUNG AUF SEITE 2 >

AUF DEN ZWEITEN BLICK



INGE KLOPFER

ist freie Journalistin. Sie schreibt u.a. für die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* und veröffentlichte zahlreiche Bücher, darunter die Biographie Friede Springers, für die sie als Wirtschaftsjournalistin des Jahres ausgezeichnet wurde.

Wurstigkeiten

Es liegt nahe, sich am Ende dieser Woche noch einmal über die Currywurst Gedanken zu machen. Wer es noch nicht weiß: Die Currywurst ist keine Wolfsburger, sondern eine Berliner Erfindung der Imbissbudenbesitzern Herta Heuwer aus dem Jahr 1949. Besonders macht die Wurst die Soße aus Chili, Ketchup und einer bestimmten Gewürzmischung. Nur in Wolfsburg wird schon dem Fleisch Curry beigemischt, was eigentlich nicht richtig ist.

Hundert Millionen Currywürste werden jährlich verspeist, von denen sieben Millionen in einer Fleischerei produziert werden, die dem Automobilkonzert VW gehört. Gesund ist die Wurst, bei 64 Gramm Fett, nicht. Egal. Seit 2009 hat die Wurst in Berlin sogar ein eigenes Museum. Und schon viel länger mindestens zwei berühmte Fans: Herbert Grönemeyer und vor allem Gerhard Schröder.

Diesem Volksgericht steht jetzt – bei Volkswagen – das Aus bevor. Die Kantine soll nach dem Werksurlaub fleischlos werden, aus Gesundheits- und Umweltgründen. Bemerkenswert daran ist zunächst einmal die Attitüde der Konzernspitze, die da tatsächlich meint, die VW-Belegschaft durch ein Verbot zur besseren Ernährung und zu klimafreundlicherem Verhalten erziehen zu können.

Bemerkenswert ist ferner, dass ein Automobilkonzern überhaupt eine Metzgerei betreibt, die in dem Moment ihre Berechtigung verliert, in dem die Mitarbeiter keine Currywurst mehr serviert bekommen. Wäre es da noch in Ordnung, dass VW seine Wurst ausschließlich extern anbietet – was zu 80 Prozent so oder so schon geschieht – und damit zwar nicht mehr die Gesundheits- und Umweltbemühungen der eigenen Belegschaft, aber doch die von ganz Wolfsburg und Hannover, ja ganz Niedersachsen zu unterläuft? Spätestens, wenn das letzte Auto mit Verbrennungsmotor vom Band rollt, müsste auch die Currywurst-Fleischerei geschlossen werden.

Bemerkenswert ist noch ein dritter Aspekt. Und der liegt – sozusagen – auf der Meta-Ebene. Dass nämlich sowohl die Attitüde als auch das Faktum einer eigenen Fleischerei wohl nur in einem Konzern möglich sind, bei dem so oder so alles ein bisschen anders funktioniert, weil das Land Niedersachsen 20 Prozent der Stimmrechte auf sich vereint und immer und überall ein gewichtiges Wörtchen mitzureden hat. Der Umgang mit der Wurst und den Mitarbeitern ist paternalistisch pur, bei dem alles Gute nur von oben kommen kann.

Geht man davon aus, dass der niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil als VW-Aufsichtsratsmitglied die Currywurst-Entscheidung mitgetragen hat, dann könnte es für das Gericht in ganz Niedersachsen nicht besonders rosig aussehen. Konsequenterweise müsste er Currywürste nach dem Sommer im ganzen Land verbieten lassen. Ganz ehrlich, Gerhard Schröder wäre das als Ministerpräsident nicht passiert.

FORTSETZUNG AUF SEITE 2 >

Perlen- und Sauereientaucher

Preisfrage des Jahrzehnts: Was tun gegen Hass, Hetze und Falschinformationen in sozialen Medien? | Von Klaus Prömpers

Bei der Bahn hieß es „Störungen im Betriebsablauf“. Die virtuellen Parteitage von Union und FDP in diesem Frühjahr sahen sich DDoS-Angriffen ausgesetzt: Distributed Denial of Service, also quasi eine geplante Blockade des virtuellen Austauschs von Daten. Auf Grund des Einsatzes vielfältiger Medien, nicht nur des Internets, konnten beide Parteitage das ohne größere Schäden überstehen. Experten vermuten als Urheber russische Quellen, eine endgültige Bewertung steht noch aus.

Desinformationskampagnen aller Art haben in den vergangenen Jahren stark zugenommen, „erfolgreich“ in der Brexit-Kampagne und im US-Präsidentenwahlkampf 2016, weniger durchschlagend 2017 bei dem Versuch, Marine Le Pen ins französische Präsidentenamt zu hieven. Im deutschen Wahlkampf widerfährt am meisten Hass und Hämmer derzeit Annalena Baerbock, 17,8 Prozent aller Angriffe richteten sich gegen die grüne Kanzlerkandidatin. Auch dort ist noch unklar, welche Quellen dahinterstecken. (Olaf Scholz folgt mit weitem Abstand mit lediglich 3 Prozent.)

Der Verfassungsschutz erwartet in Deutschland verstärkte Aktivitäten vor allem unmittelbar vor und nach der Wahl – ein mögliches Motiv: Man möchte erreichen, dass die Sanktionen gegen Russland wegen der Annexion der Krim und der Ukraine-Krise beendet werden. Tim Stuchtey vom Brandenburger Institut für Gesellschaft und Sicherheit warnt vor Blauäugigkeit. Mit Blick auf die wachsende Bedrohung der Demokratie durch soziale Medien erinnert er daran, dass zu wenig Konsequenzen aus den Ereignissen der vergangenen Jahre beispielsweise im Finanzbereich gezogen wurden. Ähnliches spiele sich gerade auch im Bereich der Regulierung der Tech-Riesen ab. „Die Spaltung und die Radikalisierung wächst in Europa.“

Eine Forsa-Umfrage im Auftrag der nordrhein-westfälischen Landesanstalt für Medien ergab, 82 Prozent der Internetnutzerinnen befürchten, dass Desinformationen die Bundestagswahl beeinflussen könnten und damit unsere Demokratie bedrohen.

Das Geschäftsprinzip der Social-Media-Plattformen wie Facebook, Google, Twitter,

TikTok funktioniert über Empörung. Je mehr Empörung, desto mehr Nutzer. Die geheimen Algorithmen der Plattformen saugen die Daten dieser Nutzer ab. Das wieder ermöglicht zielgenaue Werbung für Konsumgüter wie für politische Ideen. 80 Millionen Facebook-User wurden so im US-Wahlkampf 2016 von Cambridge Analytica illegal zu Helfern Donald Trumps gemacht. Würde die Wiederzulassung Trumps auf den Plattformen zu seinem Comeback 2024 beitragen?

Auf das Jahr 2024 schaut auch das Europaparlament. Seit Juni 2020 sucht ein Sonderausschuss Mittel und Wege, die Demokratie gegen die Angriffe via Social



KLAUS PRÖMPERS

leitete als Korrespondent die ZDF-Studios in Wien und New York. Zuvor war er für die Sendung *bonn direkt* verantwortlich. Er lebt in Wien.

Media zu verteidigen. Parallel zum Aufbau dreier strategischer Abteilungen im Rat der EU zur Abwehr von Falschinformationen (vordringlich aus Russland) seit dem Jahr 2015, macht inzwischen auch das Parlament Druck und fordert mehr Personal und mehr Geld für diese Aufgabe. Keine Frage, 40 Mitarbeiterinnen sind zu wenig, um die vielfältigen Angriffe aufzuklären zu können. In einem Zwischenbericht fordert der Ausschuss, die EU müsse endlich dazu fähig sein, nicht nur auf Hass und vorsätzliche Falschmeldungen zu reagieren, sondern sie müsse auch in der Lage sein, besser als bisher präventiv tätig zu werden. „Es besteht erheblicher Handlungsbedarf, die in der EU sehr unterschiedlichen Regulierungsschritte für soziale Medien zu wirksamen Instrumenten gegen Wahlmanipulation zu machen“, so Ausschussmitglied Andreas Schieder von den Österreichischen Sozialdemokraten.

Eine Initiative von 22 Organisationen auf Anregung der Berliner „Stiftung Neue Verantwortung“ forderte die deutschen Parteien jüngst zu einem gemeinsamen Abkom-

FORTSETZUNG AUF SEITE 2 >

Perlen- und Sauerentaucher

FORTSETZUNG VON SEITE 1 >

Messengerdienste wie Telegram, WhatsApp und Signal für die zielgenaue Ansprache der Wähler immer wichtiger werden. Das gilt besonders für die 18- bis 29-Jährigen. Eine bisher unveröffentlichte Studie von Forsa und der Universität Hohenheim zeigt, dass bei jüngeren Wählerinnen sowie bei den Wählern von AfD und der Linken Informationen aus dem Internet eine wesentlich größere Rolle bei der Wahlentscheidung spielen als bei allen anderen. Für 26 Prozent aller Befragten spielt Facebook eine wichtige Rolle, gefolgt von YouTube und Instagram.

Diesen Eindruck bestätigt auch der SPD-Vorsitzende Norbert Walter-Borjans gegenüber dem *Hauptstadtbrief*: „Die Bedeutung der Social Media nimmt zu, während die Bedeutung der Zeitungsinterviews nicht mehr so stark ist. Überraschend bleibt aber das Fernsehen als Medium auch im Wahlkampf.“

Das deutsche Netzwerkdurchsetzungsgesetz soll Auswüchse verhindern, gibt aber den Plattformen sieben Tage Zeit, Hass-Postings zu löschen. Eine unabhängige Kontrolle ist nicht möglich. Userinnen müssen jene Posts oder Falschinformationen melden, erst dann werden die Plattformen tätig. Einblicke in die Funktionsweise der Algorithmen, die die Technikplattformen verwenden, sind nicht möglich.

Es gibt Hilfen wie den faktenfinder-Podcast der ARD, der Muster der Desinformation aufzudecken versucht. Es gibt vielfältige Kooperationen, das stiftungsfinanzierte Recherchezentrum Correctiv mit Sitz in Essen etwa, das dabei hilft, Desinformationen aufzudecken. Gleichwohl, Nutzungszahlen und Bekanntheitsgrad sind derzeit noch, gelinde gesagt, unterentwickelt.

Handfeste Probleme

FORTSETZUNG VON SEITE 1 >

halten sind. So bewerten die CDU-Bürgermeisterkandidaten Kai Wegner nur 9 Prozent der Berliner positiv, fast doppelt so viele aber (15 Prozent) negativ. Und 76 Prozent können Wegner überhaupt nicht beurteilen, da sie ihn entweder gar nicht kennen, oder aber, weil er keinerlei Profil gewinnen konnte. Und könnten die Berliner ihren Regierenden Bürgermeister direkt wählen, würden sich nur 13 Prozent der Wahlberechtigten und auch nur 47 Prozent der CDU-Anhänger für Wegner entscheiden. Ebenfalls nur 13 Prozent der Berliner trauen auch Wegners Partei, der CDU, zu, mit den Problemen in der Stadt fertigwerden zu können. Zudem dürfte die wegen ihres Kanzlerkandidaten schwächelnde Bundes-CDU der Berliner CDU kaum Aufwind geben.

Den Grünen in der Stadt trauen mit 11 Prozent noch weniger Berliner als der CDU zu, mit den Problemen in der Stadt fertigwerden zu können. Außer beim Klima- und Umweltschutz wird den Grünen in keinem anderen Politikfeld politische Kompetenz zugetraut. Und die Bürgermeisterkandidatin der Grünen, Bettina Jarasch, kennen die meisten Wahlberechtigten in der Stadt (69 Prozent) überhaupt nicht, und selbst von den Anhängern der Grünen können nur 24 Prozent den Namen der Kandidatin ihrer Partei nennen. Von denen, die Jarasch kennen, bewerten sie mehr negativ (21 Prozent) als positiv (10 Prozent). Dass die Grünen in Berlin noch gleichauf mit der SPD liegen, ist nicht durch die Attraktivität der Berliner Grünen, sondern nur durch die seit 2017 bundesweit gestiegene Zustimmung zur grünen Bewegung insgesamt bedingt.

Die Chance der SPD, stärkste Partei zu werden, wird vor allem durch die Popularität ihrer Bürgermeisterkandidatin, Franziska Giffey, möglich. Giffey ist nicht nur im Gegensatz zu ihren Mitbewerberinnen und Mitbewerbern um das Bürgermeisteramt bekannter, sondern sie wird durchaus positiv als bürgernah (42 Prozent), sympathisch (36 Prozent) oder tatkräftig (32 Prozent) bewertet. Bei einer Direktwahl des Regierenden Bürgermeisters würden sich 35 Prozent aller Wahlberechtigten, 82 Prozent der SPD-Anhänger,

aber auch 32 Prozent der Anhänger der Linke und 30 Prozent der CDU-Anhänger für sie entscheiden.

Allerdings entsprechen die Urteile der Berliner über Giffey Partei, die SPD, nicht der positiven Bewertung der SPD-Kandidatin. Auch der Berliner SPD trauen nur wenige Wahlberechtigte in der Stadt (14 Prozent) zu, mit den Problemen in der Stadt fertigwerden zu können. Um die Chance zu nutzen, stärkste Partei zu werden, müsste die SPD also Giffey auf ihrem pragmatischen Kurs, der sich an den Interessen der Mehrheit der Menschen in der Stadt und nicht an Befindlichkeiten von Randgruppen orientiert, folgen. Die meisten Bürger in der Stadt erwarten nämlich von der Politik, dass sie sich um „handfeste“ Probleme des Alltags kümmert – wie den Wohnungsmarkt, die vielfältigen durch Modetorheiten der Verkehrsplaner noch verstärkten Probleme des Verkehrs in der Stadt, die Gewalt und die Kriminalität generell sowie die Bandenkriminalität im Besonderen. Erwartet wird auch, dass die Verwaltung in der Stadt endlich ihre Aufgaben für die Menschen in der Stadt bewältigen kann.

Derzeit wollen aber viele, die sich Giffey als Regierende Bürgermeisterin wünschen, noch nicht der SPD ihre Stimme geben. 83 Prozent derjenigen, die Giffey wählen würden, wollen die SPD nicht wählen, weil sie sie für wenig kompetent, unfähig, zu links oder zu zerstritten halten und zudem meinen, die Stadt sei mit dem jetzigen Senat unter Führung der SPD und von Michael Müller schlecht regiert worden. Wenn aber die Berliner SPD Giffey Politik für die Mitte der Gesellschaft in der Stadt mitträgt, könnte sie ein Stück ihrer alten Stärke zurückgewinnen.



ist Gründer und Geschäftsführer des Forsa-Instituts.

Was würde Peter sagen

FORTSETZUNG VON SEITE 1 >



Neu im Team: Tanit Koch berät Armin Laschet

CDU-Freundeskreises, aus dem im Laufe der Zeit eine ganze Reihe von Ministerpräsidenten hervorgingen, und zählt zum *Leichlinger Kreis*, einer informellen Gesprächsrunde der NRW-CDU um Herbert Reul, Ex-CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe und Ronald Pofalla. Mit diesen Männern pflegt Laschet einen eher inhaltlichen, weniger machtpolitischen Austausch. Die Unions-Männer gehören ebenfalls zu seinen Ratgebern wie seine drei Brüder, denen er bisweilen auch mal Rede-Manuskripte zuschickt.

Auch Namen wie Klaus Schuler, einst langjähriger Bundesgeschäftsführer der CDU und nun Bevollmächtigter beim Kölner Chemieunternehmen Lanxess oder Michael Rutz fallen immer wieder. Mit Rutz, der viele Jahre beim *Bayerischen Rundfunk* gearbeitet und später Chefredakteur des *Rheinischen Merkur* war, verbindet Laschet seit Studientagen eine enge Freundschaft. Vor der Landtagswahl 2017 nimmt sich Rutz vier Wochen Zeit, um seinem Freund beratend zur Seite zu stehen – vor allem für das TV-Duell. Im aktuellen Bundestagswahlkampf hat diese Rolle nun Tanit Koch übernommen: Die 44-Jährige war bereits Chefredakteurin der *Bild*-Zeitung sowie der Fernsehsender RTL und n-tv und ist eine typische

Laschet-Personalie. Ihn beeindruckten interessante Lebensläufe – auch und gerade jenseits der typischen Parteikarrieren.

Koch, die erst seit einigen Wochen Teil des Teams Laschet ist, steht nun jedoch vor der Herausforderung, die Kommunikation des Kandidaten mit den Anfragen und Aufgaben des NRW-Ministerpräsidenten zu orchestrieren – und scharf abzugrenzen. Gerade in Zeiten der schnellen, digitalen, mitunter gehässigen Kommunikation, aber auch Ereignissen wie der Flut-Katastrophe oder der Corona-Pandemie keine einfache Aufgabe. Auf Seiten der Staatskanzlei trifft sie dabei auf Christian Wiermer. Der ehemalige Hauptstadt-Korrespondent des *Kölner Express* begleitet Laschet seit 2017 eng als Regierungssprecher.

Bisweilen scheint es aber so, als ließe sich Laschet nur begrenzt medial beraten. Auf die Frage nach der wichtigsten Persönlichkeit für seine politische Karriere, nennt Laschet ohnehin den Namen des ehemaligen CDU-Generalsekretärs und Bundestagsabgeordneter Peter Hintze. 2016 erlag Hintze mit 66 Jahren einem Krebsleiden. Über Jahre half er Laschet, gab Tipps. „Oft habe ich, wenn er nicht da war, gedacht, was Peter jetzt wohl sagen und raten und wie er manches formulieren oder entscheiden würde“, schrieb Laschet zum Tod des Freundes. Es ist ein Satz, der bis heute Gültigkeit hat. Noch immer, so erzählen es Mitarbeiter aus der Staatskanzlei, werde dort viel über Hintze gesprochen.



ist Redakteur und Moderator beim Deutschlandfunk. Zusammen mit Tobias Blasius hat er die Laschet-Biografie „Der Machtmenschliche“ (Klartext-Verlag) veröffentlicht.

GEGRÜNDET IM NOVEMBER 1999: Ernst Dieter Lueg (*), Fernsehjournalist, Prof. Diether Huhn (*), Richter und Publizist, Detlef Prinz, Verleger, und Bruno Waltert (*), Chefredakteur der Berliner Morgenpost a. D.

IMPRESSUM Der Hauptstadtbrief am Samstag ist eine Publikation von PinzMedien und erscheint wöchentlich online auf www.derhauptstadtbrief.de | Verleger: Detlef Prinz | Herausgeber: Ulrich Dippendorf | Chefredakteur: Lutz Lichtenberger (verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes) | Layout: Gordon Martin
Anschrift für alle: Hauptstadtbrief Berlin Verlagsgesellschaft mbH | Tempelhofer Ufer 23-24 | 10963 Berlin | Tel. 030/21 50 54 00 | info@derhauptstadtbrief.de | www.derhauptstadtbrief.de | © Der Hauptstadtbrief 2021

Frauen und Mädchen stärken

Ihre Spende für weltweite Gleichberechtigung.
IBAN: DE 93 3705 0198 0000 0440 40

www.care.de

 **care**® **wirkt. weltweit.**

